



# Bundestags- brief

Nr.302 •Die Woche im Bundestag• 20.05.2022



**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222  
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen**

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit.

Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge und muss auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in die Ferne gerückt.

Mit unserem Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“ ([20/1855](#)) fordern wir Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Mit dem plötzlichen Förderstopp und der halbherzigen Neuauflage hat die Bundesregierung das Vertrauen unzähliger Bauherren erschüttert.

Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Zudem steigen die Baukosten rasant. Wir wollen Familien nicht länger mit den steigenden Kosten alleinlassen.

Deshalb müssen kostentreibende Vorschriften entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer einzuführen.

## **Für einen klaren Kurs in der Finanzpolitik: Widersprüche beenden, Inflation bekämpfen, gerecht entlasten**

Die Ampel verstrickt sich in finanzpolitische Widersprüche: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, die Schuldenbremse ab 2023 uneingeschränkt einzuhalten – und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Allein in diesem Jahr zeigt die Staatsverschuldung einen Rekordwert von 300 Milliarden Euro – eine enorme Belastung für nachfolgende Generationen.

Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung oder weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik: Während Bundesfinanzminister Lindner Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab. Bei der Bekämpfung der Inflation verstrickt sich die Bundesregierung in Einzelmaßnahmen und Ankündigungen.

Wir stehen für eine ganzheitliche Finanzpolitik: In einer Aktuellen Stunde haben wir dargelegt, wie wir uns glaubhaft für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität einsetzen. Denn es ist klar, dass wir auf Dauer eben nicht über unsere finanziellen Verhältnisse leben können: Das ist für uns ein Imperativ der Generationengerechtigkeit.

Wir brauchen Klarheit bei der Frage der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für Entlastungen, die alle Teile der Bevölkerung erreicht. Deutschland braucht eine verlässliche Politik, die erkennbar aus der Krise steuert und den Rahmen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze setzt. Deshalb wollen wir eine Finanzpolitik aus einem Guss.

## Der Ukraine helfen - überall

Mit der Unterstützung der Ukraine bei der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung sowie mit der Forderung nach Aufstellung eines Masterplans zur Unterstützung zu uns geflüchteten Menschen aus der Ukraine beschäftigen sich zwei unserer Anträge, die in dieser Woche im Plenum debattiert wurden.

Mit unserem Antrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ ([20/1335](#)) zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist auch im vierten Monat des Krieges weiterhin überwältigend. Unzählige engagieren sich ehrenamtlich.

Seit der ersten Beratung haben sich in einigen Bereichen bereits Verbesserungen entlang unserer Vorschläge ergeben. Das ist positiv. Gleichwohl gibt es nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan der Bundesregierung für nachhaltige Hilfe und Integration für die Kriegsflüchtlinge. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingen. Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung noch einmal aufgefordert, die dringend notwendigen Schritte umzusetzen.

Mit unserem nun abschließend beratenen Antrag „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“ ([20/1336](#)) haben wir ein umfassendes Konzept vorgelegt, um die Nahrungsmittelversorgung angesichts der Verwerfungen durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zu sichern.

Wir richten die notwendigen agrar-, handels- und entwicklungspolitischen Forderungen an die Bundesregierung. So stärken wir die Ernährungssicherheit in der Ukraine, aber auch darüber hinaus. Insbesondere auf nationaler Ebene muss die Bundesregierung u.a. unverzüglich auf ökologischen Vorrangflächen den Anbau auch von Feldfrüchten – die nicht zur Erzeugung von Tierfutter dienen – erlauben. Diese Möglichkeit hat die EU ihren Mitgliedern eingeräumt, wir sollten sie nutzen!

## Die gute Nachricht zum Schluss: Erwerbstätigkeit übertrifft 2022 erstmals Vorkrisenniveau

Im ersten Quartal 2022 waren rund 45,1 Millionen Personen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Erwerbstätigenzahl damit erstmals über dem Vorkrisenniveau: Im Vergleich zum vierten Quartal 2019, dem letzten Quartal vor Beginn der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in Deutschland, stieg die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt um 0,1 Prozent oder 43 000 Personen.

Verglichen mit dem ersten Quartal 2021 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2022 um 687 000 Personen (+1,5 Prozent). Der Beschäftigungsanstieg im Vorjahresvergleich hat sich damit weiter erhöht. Diese positive Entwicklung im Vorjahresvergleich lässt sich zwar immer noch zum Teil auf den Einbruch der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2020 zurückführen, als die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie sich negativ auf den Arbeitsmarkt auswirkten. Über diesen Basiseffekt hinaus ist aber seit dem Sommer 2021 ein deutlicher Aufwärtstrend zu erkennen. Noch stärker als im ersten Quartal 2022 war die Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich zuletzt im zweiten Quartal 2007 gestiegen, und zwar um 700 000 Personen (+1,8 Prozent). Dieser Anstieg wurde damals den sogenannten Hartz-Reformen zugeschrieben.

Zum Anstieg der Erwerbstätigkeit hat maßgeblich die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen. Dem standen nur leichte Steigerungen im Bereich der geringfügig entlohnten und kurzfristigen Beschäftigung gegenüber.

Das beweist, dass diese Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt tatsächlich nachhaltiger Natur ist. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung nun mit solider Finanzpolitik die Grundlagen dieser positiven Entwicklung weiter stärkt.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*